



Protokollauszug
zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 21.11.2018, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Haushaltsplan 2019 und Finanzplanung mit
Investitionsprogramm 2018 - 2022
- Stellungnahme der Mitglieder des Gemeinderats
zum Haushaltsplan**

Vorl.Nr. 406/18

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. OBM Spec stellt fest, dass es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt und ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

Die Stellungnahmen und Haushaltsreden der Mitglieder des Gemeinderates erfolgen in folgender Reihenfolge beginnend mit Stadtrat **Herrmann**, Stadtrat **Prof. Vierling**, Stadträtin **Liepins**, Stadtrat **Weiss**, Stadtrat **Heer**, Stadtrat **Kube**, Stadträtin **Burkhardt**, sowie Stadtrat **Lettrari**. Die Haushaltsreden sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

OBM **Spec** dankt für die Beiträge zum Haushaltsentwurf 2019.

Abweichender Beschluss:

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung stimmt der Gemeinderat den Änderungen der Hauptsatzung, entsprechend der geänderten Beschlussempfehlung des WKV vom 06.11.2018, zu.

Die neue Bezeichnung für den Ausschuss des Dezernats III lautet Ausschuss für Mobilität, Technik und Umwelt (MTU).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Braumann
 - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat V. Lutz
 - Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf und geht kurz auf die geänderte Beschlussempfehlung des WKV vom 06.11.2018 ein. Zur Vorschlagsunterbreitung erteilt er BM Ilk das Wort.

Der bisherige Namensvorschlag für das Dezernat III sei MST (Mobilität, Sicherheit und Technik) gewesen, erläutert BM **Ilk**. Allerdings sei der Wunsch geäußert worden, den Begriff der Umwelt „U“ in die Bezeichnung aufzunehmen, aber trotzdem bei drei Buchstaben zu bleiben. Er schlage daher die Bezeichnung MTU, also Mobilität, Technik und Umwelt für den Ausschuss des Dezernats III vor. Mobilität solle an erster Stelle stehen, da dies sicherlich die größte Aufgabe des Dezernats sein werde, so BM Ilk weiter.

Falls dieser Vorschlag akzeptiert werden könne, solle man diesen heute in die konkrete Beschlussfassung übernehmen, teilt OBM **Spec** mit. Falls nicht, solle man die Bezeichnung der Ausschüsse zurückstellen, da man dies auch noch nach der Kommunalwahl angehen könne. Er bittet er um kurze Rückmeldung des Gremiums.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Herrmann** erläutert BM Ilk, dass der Begriff Technik umfassender zu verstehen sei und man die Tiefbau diesem unterordnen könne.

Der Vorschlag sei gut, findet Stadträtin **Liepins**. Auch der Begriff Technik sei gut gewählt.

Es seien die gleichen Buchstaben, die sie auch vorgeschlagen hätte, nur eben in einer anderen Reihenfolge, meint Stadträtin **Dr. Knoß**. Sie habe aber auch nichts gegen eine Umstellung der Buchstaben-Reihenfolge.

Die FWV-Fraktion halte den Vorschlag in Ordnung, teilt Stadtrat **Dengel** mit.

Man könne mit dem Vorschlag leben, allerdings fehle ihm der Bereich Bauen, da es ja trotzdem ein Bau-Dezernat sei, erklärt Stadtrat **Eisele**.

Im Anschluss lässt OBM Spec über den Änderungsvorschlag der Bezeichnung, sowie die einstimmige Beschlussempfehlung des WKV vom 06.11.2018 abstimmen.

TOP 3

**Jahresabschluss 2017 Tourismus & Events
Ludwigsburg**

Vorl.Nr. 410/18

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebs zum 31.12.2017 wird gemäß Anlage 1 festgestellt.

2. Ergebnisverwendung

Das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem ordentlichen Ergebnis von 78.310,62 € und einem Sonderergebnis von -3.680,58 EUR ab. Das ordentliche Ergebnis wird den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Das Sonderergebnis von -3.680,58 EUR muss mit dem Basiskapital verrechnet werden. Aus den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses wird der Betrag von 3.680,58 EUR in das Basiskapital umgebucht.

3. Der Betriebsleitung wird für das Jahr 2017 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Braumann
 - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat V. Lutz
 - Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses Tourismus & Events Ludwigsburg (BATEL) vom 06.11.2018. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Spec lässt über die Vorlage 410/18 Beschluss fassen.

TOP 4	Grünbühl West - Verkehrs- und Freiraumkonzept	Vorl.Nr. 373/18
TOP 4.1	Grünbühl West - Verkehrs- und Freiraumkonzept - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.10.2018	Vorl.Nr. 426/18

Abweichender Beschluss:

Das Verkehrs- und Freiraumkonzept für das Wohnquartier Grünbühl West vom 13.09.2018 wird als Grundlage für die weitere Ausarbeitung beschlossen. *Dabei ist ein Stellplatzschlüssel von 1,3 Stellplätzen je neu geschaffener Wohneinheit in der Summe mit privaten und öffentlichen Stellplätzen bezogen auf das Gesamtgebiet im Endausbau zu berücksichtigen.* Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Entwurfs- und Baubeschluss sowie einen Bebauungsplanentwurf zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Braumann
- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat V. Lutz
- Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** führt in das Thema ein und erläutert den Verlauf der Beratung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt (BTU) vom 25.10.2018. In dieser Sitzung sei mehrheitlich ein abweichender Beschluss gefasst worden. Aufgrund des Antrags Vorl. Nr. 426/18 von Bündnis 90/Die Grünen stehe dieses Thema heute nochmals auf der Tagesordnung. Anhand einer Folie (vgl. Anlage zum Protokoll) erläutert er den Stellplatzfaktor.

Stadträtin **Dr. Knoß** begründet den Antrag 426/18. Sie appelliert dem ursprünglichen Beschlussvorschlag der Verwaltung zuzustimmen.

Stadtrat **Noz** teilt mit, nachdem der CDU-Antrag im BTU gescheitert sei, habe man den Antrag der Freien Wähler mitgetragen. Es habe sich gezeigt, dass in Wohngebieten mit geringem Stellplatzschlüssel Chaos herrsche. Dies solle man den neuen Bürgern nicht zumuten und in Grünbühl-Sonnenberg einen höheren Stellplatzschlüssel wählen. Die Kosten tragen die Bauherren.

Wenn man die Diskussion verfolge, könne man den Eindruck gewinnen, dass die Qualität eines Wohngebiets ausschließlich vom Stellplatzschlüssel abhängt, teilt Stadtrat **Juranek** mit. Er könne dem ursprünglichen Verwaltungsvorschlag zustimmen. Über die Potentialflächen könne gegebenenfalls nachgesteuert werden. Er könne dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zustimmen.

